

Bezugspreis:

Vierteljahr 10.50 RM., monatlich 3.50 RM. ...

Anzeigenpreis:

Die abgegriffene Nonpareilzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 15. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Lehren des Lindner-Prozesses.

Ueber die Tat Lindners und ihre Begleitumstände ...

Mag Lindner auch ein leichterregbarer, jähzorniger ...

Sie haben wir eine treffliche Illustration der ...

Aber die Beweisaufnahme hat noch mehr ergeben: ...

Am 21. Februar war die Situation der Münchner Räte ...

Noch viel schlimmer war die Bahnlieferlage der ...

Unter solchen Umständen blieb ihm nichts anderes übrig ...

Doch abgesehen von dem rein logischen Zusammenhang ...

Reaktionäre Stoßtrupp.

Revolver gegen die Wahrheit.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer ...

Schon vor Beginn der Versammlung konnte man sehen ...

Die Leitung der Versammlung wandte sich nun an das ...

beiterrat entwaffnet und aufgelöst. Dagegen erhielt der ...

Weiter: Zu der Sitzung ist es den Abgeordneten selber ...

Doch die Hauptfrage: Lindner führt in den Saal und ...

So steht die angebliche „Affektbehandlung eines einzelnen“ ...

Herr, augenscheinlich ein Offizier in Zivil, leitete den ...

Mit beweiskräftigen Argumenten widerlegten die ...

Auch dieser Fall beweist wieder, daß die Drohziele der ...

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer ist angefaßt ...

konnte sich nur in der Atmosphäre eines Arbeiterrats ...

Den russischen Volkswissenschaften mag man nachhaken ...

Unangenehme Erinnerungen.

Die Feindschaft der Unabhängigen gegen das Parlament ...

Auch der Parlamentsredakteur der unabhängigen Blätter ...

ganz allein auf ihn fällt. Doktor Cohn habe auch einen Gesetzentwurf über Einsetzung von Volksgerichten ausgearbeitet, aber unter den Bergehenden, deren Aburteilung er diesen Volksgerichten zuweisen wollte, waren die Kriegsvergeben nicht. Obendrein wurde dieser Entwurf von den sechs Volksbeauftragten einstimmig abgelehnt, und ein unabhängiger Volksbeauftragter meinte bei der Kabinettsberatung, man wisse bei diesen Volksgerichten zwar, wo sie anfangen, aber niemals wo sie aufhören. Diese Feststellungen sind im Parlamentsbericht der „Freiheit“ sorgfältig herausgerichtet, der wahrheitsliebende Leser der U.-S.-P.-Presse darf von alledem nichts erfahren.

Und dieses ist nur ein typisches Beispiel dafür, wie unangenehm den Unabhängigen die Erinnerung an die Zeit ist, in der sie selbst in der Regierung saßen. Gegenüber alldeutscher wie unabhängiger Demagogie, die an den Infolge der Niederlage höchst unglücklichen Verhältnissen Deutschlands reiche Nahrung findet, gibt es überhaupt keine bessere Waffe als die Gegenfrage: Wie war es denn, als ihr registriert oder mitregistriert?

Die erste Handlung der Unabhängigen in der Regierung ist bekanntlich gewesen, daß sie zu Hindenburg gingen. Sie telegraphierten an Hindenburg, er möge mit seinen bewährten Offizieren das Frontheer geordnet in die Heimat zurückführen. Nicht an die Soldatenräte, sondern an die Generale und Offiziere haben sich auch die U.-S.-P.-Volksbeauftragten mit diesem schwierigen Auftrag gewandt.

In der auswärtigen Politik waren es Saase und Rautsch, waren es die unabhängigen Volksbeauftragten, die dringend vor der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit Sowjetrußland warnten, um die Entente nicht zu verstimmen. Das hat sie natürlich nicht gehindert, jetzt, wo wir gar keine gemeinsame Grenze mehr mit Rußland haben und der Friede im Westen noch immer nicht ratifiziert ist, der Regierung aus dem gleichen Verhalten einen schweren Vorwurf zu machen.

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik waren es die unabhängigen Volksbeauftragten Frick, Geier und Dr. Passf., welche der sofortigen Beschloßnahme der Kriegsgewinne widersprachen und der Kapitalflucht ins Ausland Zeit gaben.

An der alten Bureaukratie wurde nicht das Geringste geändert, solange die Unabhängigen mit in der Regierung saßen. Unzählige sind die Verordnungen gerade der unabhängigen Volksbeauftragten, die den Arbeiterräten die Einmischung in die Rechtspflege und andere Uebergriffe unterlagerten.

Man könnte ein ganzes Buch darüber zusammenstellen, wie die U.-S.-P. tat, als sie mitregistriert. Auch die Rationalisierung und ihr Wahltermin ist ja von den unabhängigen Volksbeauftragten mitbeschlossen worden. Aber die U.-S.-P. schämt sich dieser Erinnerungen an ihre Regierungsmacht so sehr, daß sie sie selbst im Parlamentsbericht unterschlägt.

Die Unabhängigen

hatten gestern 67 Versammlungen in Berlin und den Vororten einberufen, in denen zum Karlov-Prozess Stellung genommen wurde. Es wurden schwere Beschuldigungen gegen die Regierung, vor allem gegen den Reichswirtschaftsminister erhoben. Auch über die Einigung wurde in dem Sinne gesprochen, daß es für die Unabhängigen unmöglich sei, sich mit Scheidemann oder Koste an einen Tisch zu setzen. „Erst Reinigung, dann Einigung!“ sei die Parole.

Die kommunistische Partei hielt gestern zwei öffentliche Versammlungen ab, die ersten nach Aufhebung des Belagerungszustandes. Beide Säle waren kaum zur Hälfte gefüllt. In

den Concordiasälen sollte Frau Setlin sprechen, die aber wegen Zuspätkommen nicht rechtzeitig eintreffen konnte. Ein Herr Runke, der für sie einsprang, machte unter den lebhaftesten Unterbrechungen aller möglichen Vertreter aller möglichen Oppositionen in Scherben. Die U.-S.-P. müsse ins Parlament gehen. Rüstiger Rärm. Vielleicht werde es gelingen, den linken Flügel der U.-S.-P. ins kommunistische Lager hinüberzuführen. Großer Rärm und Zuruhe: „So etwas sagt man nicht öffentlich!“ Freilich nicht. Als Frau Setlin erschien, konnte sie nicht mehr viel sagen. Schon hatte sie ein Jüngling beim Kratzen, der sie wegen der Ovation, die sie sich gefallen ließe, in den ehrwürdigen Stand der „Parteisonges“ erhob. Und so weiter. Verzehrung.

Alldeutsch.

Die deutschnationale „Post“ berichtete vor kurzem eine Geschichte von einem angeblichen Schulbesuch der Gattin des Reichspräsidenten Ebert, wobei dieser in dem stichtlichen Bestreben, sie lächerlich zu machen, abgeschmackte und hochfahrende Nebenwunden in den Mund gelegt wurden. Jetzt muß die „Post“ selber eine Berichtigung bringen, aus der hervorgeht, daß die ganze Geschichte wieder einmal von A bis Z geschwindelt war, weder der Schulbesuch hat stattgefunden, noch ist eine entsprechende Äußerung gefallen.

Wir aber registrierten diesen Fall als neues typisches Beispiel für die alldeutsche Gehmehode, die nicht einmal vor einer der Politik fernstehenden Frau Ebert macht, wenn auf diesem Umweg ein politischer Gegner in den Rot gezogen werden soll. Es gibt doch große Lumpen unter den deutschen Idealgestalten!

Zur Nachahmung.

In Aulendorf (Württ.) tagte am 6. Dezember eine von allen Oberämtern des württembergischen Oberlandes vertretene Konferenz der sich in dieser Gegend zur energischen Bekämpfung des Schleichhandels und Schieberwesens gebildeten wirtschaftlichen Ueberwachungsämter. Dieselben entschlossen sich, angesichts der drohenden katastrophalen Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den zuständigen Behörden unter Zugrundelegung folgender Gegenforderungen:

1. Eine alles umfassende durchgreifende Volksernährungs- und Versorgungspolitik, bei der die Lebensmittelrationen auf ein die Volksgesundheit sicherndes Minimum zu erhöhen sind.
2. Ablösung aller „Besessenen“, die Interessen des Allgemeinwohls schädigenden einflussreichen Beamten und Angestellten der Kriegswirtschaftsstellen durch unabhängige Fachleute und beamtete Sachverständige.
3. Beschleunigtes Inkrafttreten von Bacherholungsgerichten und schärfere Durchführung der bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Preissteigerung, des Schleichhandels und Schieberwesens.
4. Einen einseitigen durchgreifenden Pressebetrieb zur gemeinverständlichen Belehrung des Publikums über Ursachen und Zweck der behördlichen Bekanntmachungen und schärferer, rücksichtsloser Brandmarkung der Schleichhändler und Schieber.
5. Entlassungsandrohung ohne Pensionsgewährung derjenigen Beamten in allen Zweigen des Staatsapparates, die im Kampfe gegen Schieber und Schleichhändler verfehlen.
6. Hebung unserer Valuta und des Divisensalles durch Einführung besonderer Ausführämter unter Leitung fachkundiger unabhängiger Sachleute.

Die Ueberwachungsämter bestanden eine Forderung unseres besagten moralischen Vorstandes „von unten auf“. Der Erfolg ist zu erwarten, wenn sie sich der Unterstützung aller vom Geiste des heutigen krasen egoistischen Mammonismus noch nicht verführter Kreise aus allen Ständen erfreuen.

Die Versammlung nahm einstimmig Richtlinien an, die den zuständigen Regierungsstellen überwiesen wurden und von dort aus den Oberämtern zur öffentlichen Bekanntmachung und praktischen Durchführung zugehen und in denen sie einen Ausbau der Ueberwachungsämter verlangen.

besondere Einstellung des Regies, die Götters Burg und Adelsfeld Remmenate überschon entgegenstellt, verteilt Fräulein Regler ein wenig zu derartiger Juspigung ihrer Rolle. Helene Fehdmer und Eläre Kollmann stehen dagegen herb und sticht an Götters Seite. Fräulein Kollmann braucht gewiß die Wachsamkeit des Regisseurs, es ist aber besser, daß in der Volksbühne die bescheidenen Kräfte mit Kultur zusammengehalten werden, als daß ein Stern, der kaum sehr verführerisch ist, allzu üppig entwirft. Hans Halberdingen hätte jünger sein können.

Erhard Siedel verfügt über die liebendwürdige Lämmelei, um den Georg glaubhaft zu machen. Er ist nicht nur ein jugendlicher Komiker unter schämler Brust. Er kann ohne Kunststücken nach der Fänger tragen. Es gibt also noch tüchtige junge Schauspieler, die anderes als die gepfefferte Verberstung pflegen. Gerd Freile, schön von Gesicht, freisiert wie ein Chorfnabe, auf Miniaturen, brachte eine Leidenschaft auf, die weit mehr als gefährliches Theater ist. Guido Herzfeld, Stielfuß, Leichtfuß, Würfelwähler und gute Gurgel als Selbig. Die Volksbühne darf diesen erfahrenen Episodenschauspieler mit Recht ehren.

Rag Hochdorf.

Deutsche dramatische Gesellschaft.

Den beiden Stücken, die vor gelobtem Publikum am Sonntag im Kleinen Theater aus der Taufe gehoben wurden, wäre kein Unrecht geschehen, wenn sie wie so viele Tausende anderer Bühnenmanuskripte auf ihrer Wanderung von Bureau zu Bureau niemals das Kompendium der Kritik hätten. Das erste ist eine Legende von Karl v. Feiner: Gebalter Tod, die wie ein alter Volkstieders durch Einfachheit und Einsatz die Herzen rühren möchte. Doch das verlor gerade auf der Bühne eine völlig sichere und beherrschte Kunst, die die zerstreuten Einzelmomente zu einem klugen, den Afford zusammenschließen kann. Sonst wird die Einfachheit — auch eine solche, die in der Märchenverählung vielleicht wirken könnte — banal. Und zum Banalen gestellt sich hier Prentendioses. Der Autor, nicht zufrieden mit dem „Tode“, bemühte noch ebendrin den Dergott und den Teufel, die sich allesamt einem armen Alten zur Patenschaft bei seinem jüngsten Sohnlein präferieren. Gebalter Tod, den er (man weiß nicht recht warum) am Ende erwählt, beweist seine Erkenntlichkeit, indem er den Kranken zu einem Wunderdoktor werden läßt, der mit Genehmigung des „Todes“ auf ein bestimmtes Heiden die Kranken durch ein Heilkrant retten darf. Zweimal verläßt der junge Mensch aus Mitleid den mächtigen Gebieter zu hintergehen, zu heilen, was jener schon dem sicheren Untergang geweiht hat. Zweimal verleiht der Tod. Da wird der Arzt zu schönen kranken Kompassionisten gerufen, und das Gebot, das er aus Mitleid brach, das bricht er nun aus Liebe, und ist bereit, dafür zu sterben. Die Märchenprinzessin, natürlich gleich hochherzig verliebt, bietet dem Tode ihr eigenes Leben als Opfer an, und der Tod läßt gutmütig mit sich reden. Er gönnt den beiden Menschenkindern noch viele Jahre ihres Bundes und führt sie in sein dunkles Reich erst dann, als ihre Pahn vollendet ist und als sie selbst ihn herbeisehen. Das Symbolische verquilt sich mit allerhand willkürlicher Blagzeren.

Arbeiterhilfe für Wien.

Nach dem Beispiel der holländischen Gewerkschaften hat jetzt auch die schwedische Sozialdemokratie eine Hilfsaktion für Deutschösterreich eingeleitet. Die Arbeiter vieler großer Betriebe haben sich bereit erklärt, Ueberstunden zu leisten und den Lohn hierfür ihren notleidenden Brüdern in Deutschösterreich zukommen zu lassen. Gleichzeitig fordern die Arbeiter, daß sich auch die Unternehmungen mit einem entsprechenden Beitrag an der Hilfsaktion beteiligen.

Lenin an das italienische Proletariat.

Das italienische Sozialistenblatt „Avanti“ veröffentlicht einen vom 28. Oktober datierten, erst jetzt — also nach den Wahlen — eingetroffenen offenen Brief Lenins im Namen der russischen Sowjetregierung an das italienische Proletariat anlässlich der zentralen Beschlüsse des Kongresses von Bologna. Darin heißt es unter anderem:

„Es ist möglich, daß England und Frankreich mit Hilfe der englischen Bourgeoisie das Proletariat zu provozieren versuchen, aber ihr werdet Euch durch dieses Manöver nicht täuschen lassen. Das wunderbare Werk, das bereits von den italienischen Kommunisten vollbracht wurde, ist eine Garantie dafür, daß es ihnen gelingen wird, das gesamte industrielle und landwirtschaftliche Proletariat sowie die kleinen Besitzer für die Sache des Kommunismus zu gewinnen. Dann wird die Diktatur des Volkes endgültig sein. Eine andere Garantie unseres Triumphes sind die durch die französischen und englischen Kommunisten gemachten Fortschritte.“

50 000 Klagen gegen Kaiser Wilhelm.

Aus Paris wird gemeldet: Wie das „Journal“ telephonisch aus London erfährt, hat Generalstaatsanwalt Sir Gordon Howard erklärt, der Prozeß gegen den gewesenen deutschen Kaiser werde unangeht in der umsichtigsten Weise vorbereitet. Alle gegenständlichen Gerichte seien aus der Luft gegriffen. Inzwischen erfordert die Arbeit der Experten viel Zeit. Sie hätten bisher schon mehr als 50 000 Klagen und Erklärungen durchgesehen. Es sei keine Rede davon, daß irgendwelche Unentschlossenheit den Prozeß in Frage stelle.

Allrussischer Sowjetkongress.

Die schwedischen Zeitungen erhalten über Archangelst einen drahtlosen Bericht, wonach der neue allrussische Sowjetkongress am 6. Dezember eröffnet worden ist. Von den 1200 am Kongress beteiligten Delegierten sind drei Viertel stimmberichtig, während der Rest nur beratende Stimme hat.

Kleine politische Nachrichten.

Nicht recht zu machen. Nach übereinstimmender Konservation wie nach unabhängiger kommunistischer Anschauung sind Parlamente „Schwabbuden“, in denen nur geredet, nichts getan wird. Aber die Nationalversammlung macht ein Gesetz nach dem anderen. Folge: die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Schluß mit der Gesechshöhe!“ — Ja, wie soll man es recht machen?!

Kohlenförderung im Friedensbühne. Die deutsche Kohlenförderung hat, pro Tag und Stunde gerechnet, bereits den Friedensstand erreicht. Eine großzügige Neueinstellung von Bergarbeitern ist im Gange, um die verminderte Zahl der Arbeitsstunden wettzumachen.

Die neue französische Kammer wird nach Pariser Meldungen verallt folgendermaßen zusammengesetzt sein: 154 Advokaten, 104 Grundbesitzer, 77 Geschäftsleute, 47 Ärzte und Apotheker, 44 Journalisten, 37 Professoren und Lehrer, 35 Beamte, 28 Offiziere, 16 Privatangehörige, 15 Arbeiter, 7 Priester, 2 Advokaten und 1 Schauspieler.

Das amerikanische Budget. Der Schatzsekretär der Vereinigten Staaten legte den Jahresetatanschlag vor, der ein Budget von 5 Milliarden für das Finanzjahr 1920 vorsieht.

„Göt von Berlichingen.“

Vollsbühne.

Friedrich Schiller hat den „Göt“ für die deutsche Bühne bearbeitet, einer von vielen. Goethe pflegte wenig einzuwenden, wenn die Gestalten seines Herzens etwas umgeformt oder vereinfacht wurden, damit der zahlende Mann im Theater nicht durch Dichterräsel behelligt werde. Als Goethe ein alter Mann und Hoftheaterdirektor war, vergriff er sich selber an seinem Werk. Er tat es nicht glücklich. Nun ist der Schriftgelehrte dem lebten Bearbeiter ein wenig gram, daß er die Bilder vom geistlichen Regiment in Deutschland, des „Göt“ kräftig malende Pfaffenidylle mit kaiserlichem Unterton, ganz und gar sämälerte. Aber sonst gebührt der Volksbühne Dank für diese Vorstellung.

Darum, weil nichts Namögliches versucht, darum, weil alles Mögliche mit gesunden und ehrlichen Mitteln erfüllt wurde. Man spielte sich nicht gewissam in ein bewußt revolutionäres Bühnenbild hinein. Ja, man war sogar in der Malerei der Schloß- und Burgräume und der Waldbesenen beinahe überlieferies Hoftheater. Auch klapperte statt des ritterlichen Binnis nicht selten Theaterblech aus den willkommenen Pumpen. Aber diese einzigen Nachsamskeiten durften übersehen werden. Besser wäre es allerdings, man ergebe die Freunde der Volksbühne betart, daß ihnen auch ein derartiger Anblick wehret.

Und dann fing das Spiel an mit Götters Selterkeit, mit Götters Ehrlichkeit. Es geht von Rahlle wirklich die Freude aus, die nur der Starke und Gebende verschenten mag. Gerade weil er sich hütelte, ein Dramafas zu sein, weil er seinen Göt und seine Humore meisterhaft zügelte, ist er der vortreffliche Göt. Er braucht den Scheinwerfer nicht, damit er stets im Lichte steht. Wie er dann aus einem fröhlichen Mitter ein tragischer wird, der nicht mehr mit den Mänteln unwundent abrechnen kann, da bricht er anst, wuchtig, höflichvoll zusammen. Es schüttelt sich von ihm Liebe aus. Er ist von vornherein im Rechte. Er zügelte seine Künstler. Er konnte sich als Stern hinauspoltern. Er bleibt bescheiden, blendet keinen ab und erzürnt durch solche Bescheidenheit, die seiner Bedeutung sehr wohl ansteht, den Regisseur Paul Regband nicht.

Die Männer schulten sich nach ihrem Vetter. Jürgen Fehlings Adalbert von Wehlingen sieht erst gar zu bedrohlich aus. Man fürchtet, daß einer der klassischen Schulte agieren könnte. Doch bald erhebt sich seine Kunst. Er wird ein Verstricker, er wird ein Opfer. Seine Schuld ist nicht mehr eine Gemeinheit, sie wird zur Tragik, über die gestritten werden muß. Das Trauerspiel Wehlingens wächst denn auch höchst bewegend empor. Allerdings darf es kein Gemisch von Dumas und Strizberg sein, wie Marion Regler, die Adelsheid, die einzig Rühnende in diesem Kreise es gern möchte. Hier wird von der Schauspielerin die Grenze des Erlaubten überschritten. Es ist aber wahr, die

Stimmungswohl war die eigenartige Anzierung von Götters Stark, und die leise schloffen Verwandlungspausen füllende Musik von Rag Marshall. Auch die Vorsteller, besonders Willi Kaiser in der Hauptrolle und Dido Herzfeld als Vater trafen gut den legendären Ton.

Dem Experiment im Macterrinischen Stile folgte ein ebensoviele gequältes im Stil von Kurlebens Sittlicher Forderung, ein Einakter, „Das Wunder“ von Wolfgang Göt. Zur Tropierung seiner dünnen Charakteren scheute der Verfasser selbst vor der Geschmackslosigkeit nicht zurück, als Hintergründe die über Verallkohlensämpse heranzuziehen. Ein ganz unmöglicher feuboter Regierungsassessor, der indeseim für die schöne Schauspielerin Anselma Biered glüht und auf ein Wunder seiner Liebe wartet, wird durch den Besuch des Pämchens im Bademantel erzwunt. Sie erzählt ihm, sie habe in diesem Kostüm aus ihrer Wohnung vor den Revolutionären flüchten müssen und erbilte seinen rückerlichen Schut. Der Jüngling glaubt ihr alles auf das Wort und geht, als er die Tüperie bemerkt, großend ab, um seinem Könige als Soldat zu dienen. Das Publikum hielt sich für den Mangel an sonstigen Pointen anscheinend durch das Bademantelkostüm genügend entschädigt und rief den „Dichter“ vor.

Conrad Schmidt.

Langvarieté sind Langabende, wie Hannelore Ziegler sie bietet (in letzter Woche im Blüthneraal). Langvarieté im besten Sinne. Das alte Varieté der Artisten ist fast verfallen, nun wächst dieser in Lust und Scherz buntemgemischt, vorwiegend gemäßigtes Schauspiel ein Ertrag. Auf den Programmzetteln der Hannelore Ziegler wird daran erinnert, daß Natur Artist dieser glücklich begabten Künstlerin zur Seite geworfen ist. Diese Zingabe des Publikumenden ist zu verstehen. Hier wandelt Musik sich sehr unmittelbar in mimisch-plastische Bewegung; Hörbares wird reizvoll sichtbar, von keinem Grubeln beidwert, ein Entrollen in ungeniem leicht verständlicher Sprache, vom Lang getrennt oder hinüberblühend in diese Kunst, die das Kleinernd Redliche in schwebender Freude überwindet. Hannelore Ziegler liegt durch die einfache Klarheit ihres Ausdrucks; im tragisch gebundenen Ernst, in tragikomischer Schalkwehmüt ist diese Klarheit so sicher gefast wie in wehendem oder stürmisch gelohem Lang. Ihr Madeghemarisch, ein vollkommenes Stück Vertikunst, ist ein klatternd durchblätteres Wilderbusch transenden Uebermut, eine köstliche Zusammenfassung aller jubelnden Rarinen ihrer reich bildenden Bewegungslust.

Theater. Die „Tribüne“ legt die für diese Woche vorgesehenen Wiederholungen des Steinendorffschen Dramas „Die Jren“ vom Spielplan ab. Toßers „Wandlung“ wird abendlich gegeben, auch am Sonntag nachmittags. — Am Reichlich-Wilhelmshändlichen Theater wird am 16. Dezember „Gretchen“ für Wien aufgeführt.

Märchenadmittage veranstaltet das Künstlerpaar Brandt-Jacobs am 17. und 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Kelleraal, Märchen von Storm, Esch, Goethe, Schölander, Grimm, Andersen, Dömel, Halle.

Ein großes Werk über Michelangelo ist bei Bruno Cassirer, Berlin, erschienen. Hans Radowsky hat es geschrieben. Der Text wird durch 112 Bildnisse nach den Hauptwerken des größten Renaissancekünstlers merkwoll ergänzt.

Verlegenheitsgestammel.

Unsere an die „Freiheit“ gerichtete Aufforderung, die „Fälschung“ nachzuweisen, die wir bezüglich ihrer Inanspruchnahme des Attentäters Lindner begangen haben sollen, löst ein neues klägliches Gestammel der sich in tödlicher Verlegenheit windenden Redaktion aus. Die „Freiheit“ macht es genau wie im Februar: aus sachliche Feststellungen von unserer Seite antwortet sie mit einer Flut von Schimpfwörtern.

Jedem eine Fälschung in den von uns gebrachten wörtlichen Zitaten versucht die „Freiheit“ nicht einmal nachzuweisen. Als einziges bringt sie ein Zitat aus ihrer Nummer vom 25. Februar, wo sie — vier volle Tage nach der Tat — mit rein akademischen Worten, ohne auch nur die Namen Lindner und Auer auszusprechen, den Terror von rechts wie von links beruht. Was aber will diese ganz abstrakte Moralpredigt gegenüber dem praktischen Schuß, den die „Freiheit“ dem Täter hat angebeihen lassen — und auf diesen kommt es an! Wir stellen die Stufen dieses Schüdes noch einmal fest.

Zunächst hat die „Freiheit“ den Glauben genährt, die Tat im Landtag wäre ebenso wie das Attentat auf Eisner ein Werk von reaktionärer Seite.

Als der „Vorwärts“ feststellte, daß es sich um die Tat eines linksradikalen handelte, hat die „Freiheit“ uns einer „verwerflichen Hege“ beschuldigt.

Als der „Vorwärts“ sodann eine genaue Schilderung der Vorgänge brachte, ganz so, wie sie jetzt durch die Gerichtsverhandlung einwandfrei festgestellt worden sind, hat die „Freiheit“ diese unsere Darstellung für ungläubig erklärt.

Als der „Vorwärts“ die Teilnahme des revolutionären Arbeiterrats an der Tat feststellte, hat die „Freiheit“ ganz nach ihrer Methode diese Enthüllungen durch eine Flut wüster Beschimpfungen zu entkräften gesucht.

Für die Tatsache, daß der revolutionäre Arbeiterrat als tatsächlicher Mordtäter nach dem Attentat keine Anstalten machte, Lindner zu verhaften, sondern ihn in Freiheit ließ, hat die „Freiheit“ nicht nur kein Wort der Beurteilung gehabt, sondern hat die Tatsache durch die Lügenmeldung von der angeblichen Verhaftung Lindners zu verächteln gesucht. Wir können hier ihr Linsenpiel noch in einem weiteren Punkt ergänzen: In Nr. 109 vom 1. März 1919 machte sich die „Freiheit“ die schwindelhaften Ausführungen des offiziellen Münchener Räteorgans zu eigen und schrieb:

Es ist ganz unrichtig, daß niemand daran denke, Lindner festzunehmen. Seine Verhaftung ist sofort angeordnet worden; er hat sich ihr nur durch schnelle Flucht entzogen.

Bekanntlich ging Lindner nach tagelangem Aufenthalt in München spazieren und rühmte sich seiner Tat. Die „süßliche Flucht“ ist altes Gerücht.

Doch die „Freiheit“ fährt auch jetzt im Handwerk fort: Unsere Behauptung, daß ein wohlvorberichtetes Attentat auf den Landtag vorgelegen habe, soll nach den jetzigen Prozeßergebnissen „eine Unwahrheit“ sein. Doch wohl nur für den, der lediglich die kasstrierten und unabhängig zensurierten Prozeßberichte der „Freiheit“ liest. Fast alle Abgeordnetenzeugen haben übereinstimmend ausgesagt, daß nach ihrer Ansicht ein organisierter Anschlag auf den Landtag vorlag. Die „Freiheit“, die nur eine Affektbehandlung des Lindner zu geben will, möge von ihrer Auffassung aus folgende Fragen beantworten:

Woher kamen die insgesamt 17 bis 18 festgestellte Schüsse? Warum wurde von der Tribüne geschossen, auf der der revolutionäre Arbeiterrat saß, wodurch der Abgeordnete Osel getötet wurde? Warum rief der Vorsitzende des Arbeiterrats Hagemeyer nach den Schüssen in den Saal: „Das ist die Rache des Proletariats!“ Woher kam es, daß die Abgeordneten auf Waffen untersucht

und ein Trost und ein Ansporn in unserer Armut sein. Der Sozialismus kann aus einer Wüste im Handumdrehen sein Paradies hervorzaubern, aber er kann eine wahre Kulturgemeinschaft begründen, in dem Weimars Sterne dem ganzen Volke vorleuchten.

Eine Gewerkschaft der Künstler Bayerns hat sich gebildet. Sie besteht aus vier Berufsgruppen (Bildende Kunst, Dichtung, Musik, Mimik), die von der Regierung als ausschließliche Vertretung der bayerischen Kunst in wirtschaftlichen Fragen anerkannt werden und einen Referenten im Ministerium für soziale Fürsorge erhalten sollen.

Das Tigertier.

Theobald Tiger läßt bei Hellmuth-Charlottenburg seine politischen und sonstigen Ansichten als „Promente“ erscheinen, was unsere häusliche Leiter zu folgenden Klängen begeistert:

Es tät ein Tiger haufen am grünen Strand der Epre, freit Spieher und Bananen mittsam dem Kanape.

Und wo er seine Röhne in Oberschenkel baut, sträubt Rebenblau die Röhne da ihm erschrecklich graut.

Auch sonst sind die Triebe des Tigertieres schön, es liebt mit schöner Liebe Goldbire Konstantin.

Obwohl! Tobe weiter, gestodter Leopard, wann auch die Fährtenleiter ADeutschland wäntend knarrt!

Pantzen

Staatsober. Die Sonntagsvorstellungen „Lohnhüter“ am 15. und „Valegrina“ am 22. d. Mts. werden als Vorstellungen gegeben, bei denen über sämtliche Plätze bereits verfügt ist.

In der Urteils wird Emma Reimann ihren Vortrag: „Am Schwarzwald“ am Sonntag und Sonnabend wiederholen. Montag: „Die Künstler“ unter der Mithrasfigur durch die „Kunst“ und „Mischelweil“ (Sollans). Donnerstag: Prof. Goetz: „Wahn Wahn! bis zum zweiten Kalender“. Dienstag, Mittwoch und Freitag: „Winter in der Schweiz“.

Am Vesper der Wiener Kinder veranstaltet das Lesungsinstitut am 15. Dezember, 7 1/2 Uhr, einen buddhistischen Abend. Vorträge von Gernert über seinen indischen Begegnungen, der Buddha“ vor.

Pantzen-Freier. Gerhard Bomke, Waffenschmied, hat anlässlich des Kulturabends Theodor Pantzen einen Gedichtabend mit Werken dieses Dichters für den 30. Dezember im Harmoniumsaal festgesetzt.

Als Privatdozentin für Germanistik habilitierte sich Dr. Margarete Esch an der Hamburger Universität. Ihre Amtseinführung betraf den Anteil des Plattdeutschen am niederdeutschen Schrifttum im sechzehnten Jahrhundert.

Die öffentlichen unentgeltlichen ungarischen Sprachkurse an der Universität sind wieder aufgenommen worden. Meldungen an das Ungarische Institut, Bohrenstr. 70.

würden, die Mitglieder des Arbeiterrats aber schwer bewaffnet erscheinen konnten? Wieso konnten die Abgeordneten keine Tribünenkarten für ihre Angehörigen bekommen, während der Arbeiterrat sämtliche Tribünenplätze für sich beschlagnahmte?

Aber wir fragen wohl vergeblich, die „Freiheit“ hält ja Antworten auf peinliche Fragen für „würdelos“.

In der Angelegenheit des Bilderschwindels durch Ehren-Stößinger gesteht die „Freiheit“ jetzt die Fälschung ein, die „Freie Welt“ sei einem Irrtum zum Opfer gefallen. Aber halt, so schnell geht das nicht. Ehren-Stößinger hatte doch geschrieben:

Das Bild, für dessen Echtheit wir bündige Beweise haben... Die Mittelwelt hat das Recht, diese bündigen Beweise kennenzulernen, von denen Ehren-Stößinger gesprochen hat.

Unsere Kohlenförderung.

Die von der preussischen Oberbergbehörde im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Ziffern der preussischen Stein- und Braunkohlenförderung lassen erkennen, daß doch schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 eine sehr bemerkenswerte Zunahme unserer Brennstoffgewinnung eingetreten ist. Danach hat in Preußen betragen die

1919	Steinkohlenförderung	Braunkohlenförderung
1. Quartal	27,0 Mill. Tonnen	17,1 Mill. Tonnen
2. „	23,8 „	18,2 „
3. „	29,8 „	20,2 „
Zusammen	81,00 Mill. Tonnen	55,5 Mill. Tonnen

In das zweite Vierteljahr fiel der große Streik der Ruhrbergleute, der einen Förderausfall von über 4,2 Millionen Tonnen gegen das Vorquartal herbeiführte. Im dritten Quartal ereignete sich der große Streik der ober-schlesischen Bergleute, der einen Förderausfall von über einer Million Tonnen zur Folge hatte.

Die wiederholten Streiks der mitteldeutschen Braunkohlenbergleute, veranlaßt durch den kommunistisch-unabhängigen „Vergarbeiterat“ in Halle, haben die Kohlenförderung um hunderttausende Tonnen gekürzt, als die sonst eingetretene erhebliche Förderungszunahme dadurch verlangsamt wurde. Der Haller Braunkohlenbezirk hat im übrigen trotzdem eine ständig steigende Förderung aufzuweisen. Der Ausfall von immerhin zirka 5 1/2 Millionen Tonnen (110 Mill. Zentner) Kohlen durch die Arbeitsstörungen wird unserem Wirtschaftsleben jetzt besonders schmerzhaft fühlbar. Erfreulich ist die in der zweiten Hälfte des Jahres eingetretene Förderungszunahme, deren Fortsetzung mit allen Mitteln durchzuführen werden muß, wenn wir den harten Winter überleben wollen.

Uebrigens ist nur im Saargebiet die Kohlenförderung im 3. Quartal geringer als im ersten. Auch ein Beweis dafür, daß der Revolution, die sich in dem von Ententetruppen besetzten Saarbecken nicht auswirken konnte, nicht die Schuld an dem Niedergang der Bergbauwirtschaft gegeben werden darf.

Gegen die ersten 9 Monate des Jahres 1918 ist im laufenden Jahre gleichzeitig die preussische Steinkohlenförderung um fast 40 Millionen Tonnen, die Braunkohlenförderung um 9 - 10 Millionen Tonnen zurückgefallen. Im Vergleich mit 1914 ist aber die Braunkohlenförderung 1919 schon 5 Millionen Tonnen höher! Die Steinkohlenförderung beträgt nun etwa 66 Proz. der vorjährigen. Sie muß also noch bedeutend erhöht werden im Interesse unserer Volkswirtschaft.

Durchschnittlich waren in den ersten drei Vierteljahren 1919 in preussischen Steinkohlenbergbau 648 881, im Braunkohlenbergbau 99 790 Arbeiter beschäftigt, zusammen 748 670, gegen 622 960 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Daraus schlußfolgert die bürgerliche Presse ohne weiteres: 127 000 Arbeiter mehr, 50 Millionen Tonnen Förderung weniger. Diese Schlußfolgerung ist aber irreführend. 1918 wurden nämlich auch zirka 130 000 Kriegsgefangene im preussischen Bergbau beschäftigt, die bei der Aufstellung im „Reichsanzeiger“ außer Acht gelassen sind. Rechnet man diese Arbeiter mit, dann kommen wir für 1918 auf 752 960 Beschäftigte, also auf eine noch etwas höhere Zahl als für 1919.

Das muß gerechterweise auch berücksichtigt werden, wenn man die bergbauischen Ergebnisse im laufenden Jahre sachlich beurteilen will.

Dito que.

Das Privatbergregal.

Die Meldung des „Berliner Tageblatts“, daß der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Privatregals im Ausschuh der Preussischen Landesversammlung abgelehnt worden sei, ist unrichtig. Der Antrag wurde einstimmig angenommen; er fordert, daß die Aufhebung so schnell wie möglich und zunächst auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen und daß die Knappschafts-Invaliden, -Witwen und -Waisen eine Erhöhung ihrer Pensionen erhalten sollen.

Ausschuhberatungen.

Der Generalpardon für Steuerhinterziehung. § 1 wurde im Steuerausshuh gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, mit der Maßgabe, daß der Steuerpflichtige und sein Erbe von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Abgabe für die Zeit vor dem 1. April 1915 frei bleibt, wenn er sein Vermögen und sein Einkommen spätestens bis zum Ablauf einer festzusetzenden Frist richtig angibt.

Zum Betriebsrätegesetz. Der Ausschuh beschloß einstimmig, die Presseunternehmen und Vertriebe, die politischen, wissenschaftlichen, literarischen, künstlerischen und ähnlichen Bestrebungen dienen, von § 34, Abs. 1, Ziffer 1 und 10 auszunehmen, soweit ihre Eigenart dies bedingt.

Die Zudervertierung wurde im Reichsrat mit dem großen Schwerrigkeiten für die Einbringung der Räden, die zum Teil durch Frost gelitten haben, begründet. Der Preis für Rädenzuder soll auf 150 M. für einen Zentner festgesetzt werden. Das bedeutet eine Vertierung eines notwendigen Lebensmittels, die aber in Kauf genommen werden muß, wenn man die unverminderte Förderung der Zuderproduktion erreichen will.

Demokratischer Parteitag.

Der Parteitag verhandelt im Saal des Zoologischen Gartens zu Leipzig. Senator Dr. Petersen hielt eine Gedächtnisrede auf Kautzmann, die lebhaft angehört wurde.

Zum Führer der Partei wurde an Stelle Rossmanns Senator Petersen gewählt, dessen Wahl vom Parteitag mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Ueber die politische Lage referierte Reichsminister Koch. Weismann-Pollweg habe recht gehabt, als er vor dem Untersuchungsausschuh erklärte, daß wir an den staatsrechtlich unsertigen Verhält-

nissen im Rechte geachtet seien. Jeder, der national und demokratisch denke und die jetzige Staatsform nicht preisgeben wolle, sei verpflichtet, sich in den Dienst der Sache zu stellen. Der Wagen sei dadurch nicht in Gang zu bringen, daß man ihn nach rechts ziehe. (Sehr richtig!) Denjenigen, die den Siegpreisen gepredigt haben, spricht er das Recht ab, über mangelhafte Erfolge der jetzigen Regierung zu schimpfen. Es ist unmöglich, jetzt die Wahlen vorzunehmen, wo noch nicht einmal der Frieden geschlossen sei. Der Redner wandte sich gegen die politische Agitation im Saal und bestritt eine Täuschung der Truppen im Osten durch die Regierung. Jeder Uebergang der Regierung an die Unabhängigen oder die Monarchie bedeute den Bürgerkrieg. Die Sozialdemokratie habe allen Lodungen zum Trotz an der Demokratie festgehalten. (Beifall.) Jeder halte sie fest an der Klassenkampfidee, andernfalls würde die Zusammenarbeit mit ihr wesentlich erleichtert sein. Der Kompromiß mit dem Zentrum bedeute für die Demokraten eine schmerzliche Enttäuschung. Die Koalitionspolitik sei aber noch die einzige Hoffnung, uns vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Bei dem Betriebsrätegesetz müsse man sich um eine ähnliche Verständigung bemühen. Entweder eine Steuerpolitik, die wie eine Dampfmaschine über manche Krisen hinweggehe, oder Staatsbankrott. Unser Volk hat einen tüchtigen Kern in sich und kann wieder hochkommen. Es gibt uns Kraft und Mut, weiter zu arbeiten für Demokratie und Vaterland. (Anhaltender Beifall.)

In der Debatte wurde u. a. gefragt, in den Untersuchungsausschuh dürften nicht Tendenzen hineingetragen werden, die Deutschland als den Allerschuldigen oder hervorragenden Schuldigen erscheinen lassen.

Der Parteitag hat 397 Teilnehmer, davon 222 Delegierte. Minister Koch gab Aufklärung über die von der Regierung getroffenen Schutzmaßnahmen gegen das Ballistikum und fügte hinzu, daß die Strafen unter allen Umständen gesichert werden würde. Die Leitung der militärischen Organisation an der ostpreussischen Grenze ist General v. Seeck übertragen worden.

14 Todesurteile in Budapest.

Im Terroristenprozeß hat der Gerichtshof gegen 14 Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen, u. a. gegen Josef Stern wegen Aufrüstung zum Mord in sieben Fäden, gegen Gabriel Glomer wegen Mordes, gegen Franz Kasas, Geza Neumayer und Martin Böcher wegen dreifachen Mordes, gegen Alexander Forst und Tibor Bonnyati wegen Aufrüstung zum Mord in je drei Fäden. Die Verurteilungen erfolgten außerdem noch wegen Raub, Vergewaltigung, Hehlerei und dergleichen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Kerkerstrafen verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Vergnadigung zulässig.

Für die hungernden Wiener Kinder.

Die Landesabteilung Darmstadt der Reichszentrale für Heimatdienst hat durch die Zeitungen aufgefodert, sich bereit zu erklären, Wiener Kinder zeitweilig aufzunehmen, Daraufhin haben sich viele gemeldet, die sich zur Aufnahme von Kindern bereit erklärt haben. Die bestmögliche Versorgung der Kinder, die Unterbringung der Kinder. Es ist ein Ausshuh gebildet worden, welcher der Abteilung zur Seite steht. Außerdem beheben solche Ausshuh in den einzelnen Kreisstädten und Landorten.

Rechtliche Organisationen der anderen Landesabteilungen sind im Werden. Man hofft, daß es auf diese Weise gelingen werde, wenigstens einen Teil der hungernden Wiener Kinder vor dem Schicksal zu bewahren.

Am Montag sollen von Passau aus zwei weitere Bände mit Lebensmitteln nach Wien abgehen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Preussische Landesversammlung erledigte am Sonntag eine Reihe kleinerer Etats, ferner die Erweiterung des Stadtkreis Hannover und das Provinzialstatut für die holländische Provinz Maastricht Siedlungsrecht.

Der Schulsonst. Im preussischen Staatsministerium herrscht Einstimmigkeit darüber, daß es wünschenswert sei, zunächst eine Klärung der aufgeworfenen Frage herbeizuführen, inwieweit die kritischen Bestimmungen der Novelle zum Schulunterrichtsgesetz mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen sind. Dabei wurde insbesondere hervorgehoben, daß der vorliegende Gesetzesentwurf schon im Sommer dieses Jahres vor Beratung der Schulparagraphe der Reichsverfassung im preussischen Staatsministerium verabschiedet und der Landesversammlung vorgelegt worden ist. Ueber die Notwendigkeit einer baldigen Verabschiedung der übrigen Paragraphe des Gesetzes herrscht allgemeine Uebereinstimmung.

Der Antiparlamentarismus durch Eizungswängen scheint in das neue — Aktionsprogramm der Unabhängigen aufgenommen zu sein. Derselbe wurde in der Nationalversammlung der sozialdemokratischen Antrag, auch das Kirchenvermögen zu verstaatlichen, dadurch abgelehnt, daß nicht ein einziger Unabhängiger im Saal war. Nur Frau Annes ibronne als Schriftführerin droben auf Steier-Höb, Adolf Hoffmann, was fast ausschließlich zu die Antiparlamentarismus von seine Parteigenossen?

Vor dem Hefflerprozeß. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt mit: „In der Angelegenheit Graber-Griffith weiß die Staatsanwaltschaft den letzten in der Presse eroberten Vorwurf, sie habe zu einer Verleumdung des Verfahrens beigetragen, mit allem Nachdruck zurück. Die Ermittlungen sind von ihr völlig objektiv und mit der größten Umsicht geführt worden. Obwohl Bemerkungen außerhalb Berlins durch die Bahnsperrung eine mögliche Verzögerung erlitten, ist es gelungen, die umfangreiche Anlagenschrift bereits etwa zwei Monate nach Eingang des Strafantrages der zuständigen Staatsanwaltschaft vorzulegen. Wenn die Erhebungen nicht weiter ausgedehnt worden sind, so ist dies nicht geschehen, um Dr. Hefflerich in der Freiheit seiner Beweisführung zu beschränken, sondern entsprechend den Wünschen aller Beteiligten, daß im Vorverfahren die Beweisaufnahme möglichst beschränkt und die Entscheidung über ihren Umfang der Hauptverhandlung überlassen bleiben sollte.“

Die französische sozialistische Partei beruft für den 25. bis 27. Januar 1920 eine Delegiertenversammlung nach Straßburg ein. Die Tagesordnung sieht u. a. die Behandlung der Aktion der parlamentarischen Gruppe vor, sowie die Stellungnahme zur internationalen Lage und zum Kongreß von Genf.

Nicht Zyrnu, sondern Tyrn heißt der künftige Vertreter Englands in Berlin. Im letzten Verzeichnis der Beamten im Auswärtigen Amt in Bonn sind seit dem Jahre 1914 nicht Sir B. Tyrn als Privatsekretär von Owen verzeichnet, der damals bekanntlich Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten war und gleichzeitig als hiesiger Senator-Eler des Foreign Office. Er hatte also eine sichere Anwartschaft auf einen Auslandsposten.

Keine Valuation des belgischen Eigentums in Belgien. Die belgische Regierung erklärt, sie werde die Liquidation des belgischen belagerten deutschen Eigentums einstellen, nachdem die deutsche Regierung die Veranlassung übernommen habe, die Summe von 350 Millionen Franken zu zahlen. Die angeklagten Verkäufe seien bereits vertrieben worden.

Die Verhaftung der belgischen Journalisten, die während des Krieges am „Le Socialiste Belge“ mitgearbeitet haben, J. a. a. r. Bonnyllie und Dussel ist trotz Protestes der Anwälte von der Anklagekammer bestätigt worden.

n Frauen, die nicht den Ruf vernommen . . .

Seit ist der Weg zur Befreiung der Frau! Heute, über zwölf Monate nach dem 9. November 1918, gibt es noch ungezählte Tausende von Proletarierinnen, die sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, „Proletarier“ zu sein. Daß die Zahl dieser sich „bürgerlich“ fühlenden Arbeitnehmer beispielsweise unter den weiblichen Angestellten viel größer als unter den männlichen Angestellten ist, mag seine letzte Ursache im gefühlsmäßigen Sträuben und Dagegenankämpfen der Frauen haben.

Die Töchter des sogenannten Mittelstandes wollen, auch wenn die heutige Wirtschaftslage sie zwingt, vom 14. bis zum 60. Jahre oftmals unter den härtesten Entbehrungen auf eigenen Füßen zu stehen, einfach nicht Proletarier sein, weil sich für sie mit diesem Wort in überkommener fälschlicher Uebersetzung der Begriff des Lumpenproletariats verbindet. Zum mindesten aber sehen sie in einem Proletarier einen ungebildeten, ja vielleicht unbilligsten Menschen, mit dem sie glauben, keine Berührungspunkte zu haben, und mit dem sie in keiner Beziehung identifiziert zu werden wünschen. Eine instinktive Furcht hält sie ab, sich eines Besseren belehren zu lassen.

Und gerade wir Frauen besitzen eine gewisse Geschicklichkeit und Fähigkeit, wo unser Empfinden es uns verbietet, uns verstandesmäßigen Erwägungen fernzuhalten, indem wir uns einfach hinter der sehr energisch sein sollenden Phrase verbergen: „Eine Erörterung ist ganz zwecklos, es ist eben meine Ansicht und die lasse ich mir nicht rauben.“ Wenn wir Frauen schon zu diesem Mittel greifen, dann haben wir nämlich bestimmt gar keine Ansicht über den betreffenden Gegenstand. Eine Ansicht ist keine vorgefaßte Meinung, kein Vorurteil, sondern die Anschauung über eine Sache, mit der man sich reiflich beschäftigt hat. Wenn wir eine wirkliche Ansicht haben, stellen gerade wir Frauen in unserem angeborenen Eifer, eine Ansicht zu beweisen und zu verteidigen, sie auch gern zur Diskussion, und machen, wenn es nötig ist, Abstriche!

Also jene, die auf dem Boden einer anderen Weltanschauung großgeworden, sich zurzeit noch nicht zum Sozialismus bekennen können, sind das größte Hemmnis in der Vorwärtswidmung der Frauenbewegung nicht, sondern die, die den Mangel eines jeglichen Urteils mit einem bornierten Vorurteil zu verdecken suchen.

Unter den Angestellten ist ihre Zahl noch ungeheuer groß. Diese bedauernswerten Unwissenden sind nicht zu bewegen, eine Versammlung zu besuchen oder ein Wort in die Hand zu nehmen, wodurch sie dahin aufgeklärt werden könnten, daß man mit Proletariern lediglich den abhängigen, auf Entlohnung angewiesenen Arbeitnehmer im Gegensatz zum Bourgeois, den selbständigen Arbeiter, bezeichnet. Sie wollen nicht hören, daß „Proletarier“ nichts weiter als die Bezeichnung für die Klasse, nämlich die arbeitnehmende, der besitzenden Gesellschaft ist, und daß für deren Zugehörigkeit keineswegs höhere oder geringere Bildung, sondern lediglich ein leerer Geldbeutel bestimmend wird.

Sie fürchten sich, zu erkennen, daß Proletarier sein nicht bedeutet: Schuster oder Schneider, auch nicht Gastwirts- oder Handlungsgehilfe, auch darüber hinaus nicht Künstler oder Schriftsteller zu sein, sondern dieses alles, wenn man nichts weiter hat als seine Arbeitskraft, die man als einzigen Besitz gewungen ist, dem zu verkaufen, die ihrerseits Kapital daraus schlagen. Sie fürchten sich vor dieser Erkenntnis, weil sie eines Tages aufwachen könnten — und sich Proletarier fühlen! O Schreck! Sie begreifen nicht, daß man den Dingen, wie sie nun einmal liegen, festen Auges ins Antlitz sehen muß, denn nur so kann man ihrer Herr werden. Ist es so schwer, sich selbst und seine Lage zu erkennen, beschämend, „Proletarier“ zu sein? Muß nicht derjenige, welcher gelernt hat, jede Tätigkeit, gleichviel ob Hand- oder Geistesarbeit, lediglich nach ihrem gesellschaftlichen Wert einzuschätzen, stolz sein, Proletarier zu heißen und die ersten Konsequenzen der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Organisation daraus zu ziehen?!

Frauen, die Ihr noch immer zu gebildet seid, um Eure vornehmste Pflicht, die Liebung der Solidarität gegen Eure Klassen-genossen, zu erfüllen, bestimt Euch schnell, denn die Zeit drängt und ist kostbar. Nur durch unseren freien Willen können wir auf dem Wege der Demokratie zur Befreiung der gesamten arbeitnehmenden Klasse, nicht zuletzt des weiblichen Geschlechtes gelangen. Grete Weinberg.

Gewerkschaftsbewegung

Branchenkonferenzen in der Holzindustrie.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, der in sich zahlreiche voneinander mehr oder weniger unabhängiger Berufsvereine, hat für eine größere Zahl derselben für die nächste Zeit besondere Branchenkonferenzen einberufen. Die Berufe der Korbmacher und der Kürschner- und Pinselmacher geben bereits jetzt den Auftakt dazu.

Bei beiden Branchen lag der äußere Anlaß in der Vorbereitung von Reichstarifen, beide haben gemein, daß neben Orten mit alter festgesetzter Organisation und günstigen Arbeitsverhältnissen, keine und abgelegene Orte mit bescheidensten Lebensgeplogenheiten und Heimarbeit in weiterem Umfange in Frage kommen. Und auffallend trat bei beiden Branchen trotz der sonst hier und da auftauchenden Gegnerschaft zu den Tarifgemeinschaften ohne jeden Widerspruch nur die eine Meinung zutage, daß nur durch einheitliche Tarife einer Unterbietung der Preise auch bei der Ware Arbeitskraft begegnet werden könne.

Der weitere Aufstieg der fortgeschrittenen bedingt das Mit-

nehmen der zurückgebliebenen Orte, die aus eigener Kraft am Aufstieg nicht teilhaben würden. Bei beiden Tagungen drehte sich der Streit nicht um die Frage des Tarifabschlusses an sich, sondern um dessen Inhalt im einzelnen und vor allem um die Zuteilung der einzelnen Orte zu den einzelnen Tarifklassen. Die Tarife rechnen als Grundlage für die Allortpreisbildung mit Stundenlöhnen, die sich etwa zwischen 2 und 3 M. für Erwachsene bewegen.

Neu sind in den Tarifvorlagen die Bestimmungen über den Urlaub, der sich zwischen 3 und 10 Tagen nach 1 bis 18jähriger Beschäftigung bewegt und bei den Kürschnern auch auf Heimarbeit ausgedehnt werden soll. Beide Konferenzen stimmten den Tarifvorlagen im Prinzip zu. Die Korbmacher, die am 7. und 8. Dezember in Erfurt tagten, konnten im übrigen eine wesentliche Erhebung ihres ganzen Berufes einschließlich der Heimarbeiter in der Kriegszeit feststellen. Die Geschloßfabrikation brachte in diesem Berufe Hochkonjunktur, die mit Hilfe der Organisation für die Arbeiter ausgenutzt werden konnte.

Seit Abschluß des Krieges war das Interesse der Berufsangehörigen auf Anpassung der Preise für die Friedensarbeit an die Zeitverhältnisse gerichtet. Der Fortschritt der Organisation war diesmal auch daran zu erkennen, daß ebendem kaum zugängliche Gebiete, so Oberfranken und das Land um Neßl in Baden vertreten waren. In den gefassten Beschlüssen sind Forderungen auf Schutz der Heimarbeiter gegen Ausbeutung und gesundheitliche Gefahren niedergelegt wie zum anderen auf Erweiterung der Werbetätigkeit der Zentralkommission, deren Sitz in Berlin bleibt.

Die Kürschner hatten am 10. und 11. Dezember Vertreter von 31 Orten in Nürnberg versammelt. Hier fiel die Tagung mitten in die Tarifverhandlungen, deren Ausgang auf des Messers Schneide stand. Die Entscheidung wurde durch das Verlangen der Unternehmerorganisation gefährdet, die unter diesen Tarif auch die lediglich örtlich mit der Pinselindustrie zusammenfallende Bleistiftindustrie haben wollte. Die Entscheidung steht noch aus. Der Sitz der Branchenzentalkommission bleibt in Nürnberg, als dem bedeutendsten Ort des Berufs.

Zur Tarifbewegung der Bureauhilfskräfte der Magistrate Groß-Berlins.

Es dürfte in der Öffentlichkeit noch bekannt sein, daß, als der Streit der Bureauhilfskräfte ausbrach, der Magistrat Berlin bemüht war, die Schuld von sich auf die Hilfskräfte abzuwälzen. Im Interesse der Stadt und der Bevölkerung nahmen die Hilfskräfte die Arbeit wieder auf, mit der bestimmten Erwartung, daß ihre gerechten Forderungen noch einmal Gegenstand der Verhandlungen sein würden. Seitens fast aller Vorortgemeinden wurde diesem Verlangen auch Rechnung getragen, indem sie bereit waren, mit der Organisation der Angestellten durch den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin nochmals eine Entscheidung herbeiführen zu lassen. Wochenlang gingen die Kompetenzstreitigkeiten bez. des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hin und her. Als man jetzt glaubte, eine Einigungsbasis gefunden zu haben, ist es der Magistrat Berlin, der von seinem Herrenstandpunkt aus erklärt, die getroffene Vereinbarung für sich nicht anzunehmen und nur in Beratung über den Manteltarif einzutreten, während die Gehaltsfrage für ihn als erledigt gelten. Dieses angeichts der sich immer mehr steigenden Lebensmittelpreise und der hohen verabschiedeten Beamtenbesoldungsreform! Die Angestellten bzw. die Organisationen werden hieraus die nötigen Schlüsse ziehen und sich in keiner Weise vom Berliner Magistrat von ihrem berechtigten Standpunkt abbringen lassen und die ihrerseits erforderlichen Schritte in die Wege leiten, um die Kollegen — auch gegen Berlin — zu ihrem Recht zu verhelfen! Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 2.

Herr Walter Gorges sendet uns eine Zuschrift, in welcher er sich gegen die Behauptung wendet, daß er bei den Wahlen zum Auktatorium für den Arbeitsnachweis des Fleischergewerbes im Wahllokal sich unter die wartenden Wähler gemischt und versucht habe, diesen geschlossene Rubens zuzustehen. Er habe vom Wahlvorsitzer die Erlaubnis gehabt, als Vertreter seiner Organisation die Aufrechterhaltung der Ordnung im Raume aufzubringen. Seine, Herrn Gorges, Entfernung aus dem Wahllokal sei geschehen, als er den Wahlvorsitzer darauf aufmerksam gemacht habe, daß an der anderen Seite im Wahllokal Einmissetel verteilt würden.

Kuordnemie und angeschlossene Betriebe. Montag, 15. Dezbr., vormittags 10 Uhr, Lichtenberg, „Logen-Rahmo“, Kuordnemie: Betriebsversammlung aller noch ausgeperrten Kollegen und Auszahlung der Streikunterstützung. Verhandlung und Streikarte sind mitzubringen. Wer länger als sechs Wochen im Rückstand ist, erhält keine Verbandunterstützung.

Deutscher Wasserverband. Ortsverwaltung Berlin. Montag, 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Arbeiter-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: Mitgliederversammlung.

Arbeiterausschussmitglieder und Vertrauensleute der Reichs-, Staats- und Kreisverwaltungen, gewerbl. Personal. Montag, 15. Dezember, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 45: Vertrauensmännerversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Montag, den 15. Dezember: Fachgruppe 7, Sektion C (Spezialgeschäfte). Dezentrale Versammlung, abends 7 Uhr, in den Prachtgassen „Al-Berlin“, Blumenstraße 10. Tagesordnung: Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Schuhwarenhandel. Referent: Kollege Wille. — Fachgruppe 17, Sektion 4 (Spezialgeschäfte), abends 7 1/2 Uhr, in den „Sopienhän“, Sophienstr. 17/18. — Versammlungen am Dienstag, den 16. Dezember: Fachgruppe 1, Sektion 4 (Angestellte im Reichs- und Staatsbetriebe), abends 6 1/2 Uhr, im „Engländer Hof“, Alexanderstr. 27c. Tagesordnung: Das Betriebsrätegesetz und die Staatsangestellten. Referent: Kollege Durlitzsch. — Fachgruppe 4, Sektion 4 (Stranzen- und Angestellte), nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung in den „Kustertischen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 17, Sektion a

(Kolonialwaren, Butter und Delikatessen). Mitgliederversammlung abends, 7 Uhr, in den „Andreas-Feisthän“, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Bericht von den Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden. Referent: Kollege Andros. Fachgruppe 3, Sektion a (Kriegsorganisationen), Dienstag nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula der 157. Gemeindefschule, Derslingerstr. 18 a: Wichtige Tagesordnung.

Parteinachrichten.

Der Parteiausschuss trat Sonnabendvormittag unter dem Vorsitz von Otto Wels im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, die aus dem ganzen Reich stark besucht war. Das einleitende Referat hielt namens des Parteivorstandes Wels. Es schloß sich daran eine eingehende Aussprache über die gesamte innerpolitische und außenpolitische Lage, an der u. a. Reichsfinanzler Bauer, die Minister Koste, Hermann Müller und Otto Braun sowie der fraktionsvorsitzende Scheidemann teilnahmen. Die Verhandlungen werden am heutigen Sonntag fortgesetzt.

Soziales.

Arbeiter und öffentliche Gesundheitspflege.

Die Zeiten, in denen derjenige Teil der öffentlichen Gesundheitspflege, den man als Fürsorge zu bezeichnen pflegt, fast ausschließlich in Händen von Vereinen lag, sind vorüber. Mehr und mehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es Pflicht der Gesellschaft sei, diese Befreiungen zu fördern und sie selbst in die Hand zu nehmen. — In zahlreichen Städten ist die Kommunalisierung der öffentlichen Gesundheitspflege recht weit fortgeschritten. Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Reich und Länder auf dem Wege der Gesetzgebung und durch besonders dafür zu schaffende Organe das Fürsorgewesen in Stadt und Land regeln und überwachen werden. Auch die Ärzteschaft, die sonst allen Sozialisierungsbestrebungen auf dem Gebiete des Heilwesens ablehnend gegenübersteht, hat sich auf der letzten Tagung des Leipziger Verbandes auf den Standpunkt gestellt, daß die Fürsorge in erster Linie Sache der beamteten Ärzte sei. — Es würde natürlich verfehlt sein — ganz abgesehen von den daraus erwachsenden finanziellen Schwierigkeiten —, die auf diesem Gebiete bisher tätigen Vereine auszuschalten. Denn zahlreiche ihrer Mitglieder besitzen erhebliche sozialhygienische Erfahrungen, die man unter allen Umständen benützen wird, und die auszuscheiden zurzeit ein großer Fehler wäre. Auf der anderen Seite ist es auch durchaus anzulehnen, wenn man den Vereinen nur die Mittel zur Verfügung stellen würde, ohne sie zum mindesten einer behördlichen Aufsicht zu unterstellen.

Weitaus der größte Teil der Vereinsmitglieder besteht aus Persönlichkeiten, die nichtproletarischen Kreisen entstammen, zwar häufig von sozialem Verständnis und Willen erfüllt sind, aber der sozialistischen Weltanschauung ablehnend gegenüberstehen. Hinwiederum gehören die Fürsorgebedürftigen überwiegend dem Proletariat an. Dieser Umstand mag wesentlich dazu beigetragen haben, daß das Verhältnis zwischen fürsorgebetätigten und fürsorgebedürftigen Personen nicht immer von dem wünschenswerten gegenseitigen Vertrauen durchdrungen war. Aber leider fehlte und fehlt auch heute noch in weiten Kreisen des Proletariats die Kenntnis und das Verständnis für die bestehenden Institutionen und Bestrebungen.

Es genügt demnach nicht, wenn einzelne Mitglieder der sozialistischen Parteien in der Stadtverwaltung oder in einer staatlichen Behörde in der öffentlichen Gesundheitspflege tätig sind, sondern es muß dafür Sorge getragen werden, möglichst viele Frauen und Männer aus den arbeitenden Schichten zu den Aufgaben des Fürsorgewesens, der Tuberkulose-, Geschlechtskranken-, Alkohol-, Krüppelfürsorge usw. heranzuziehen. So begrüßenswert der von der sozialen Frauenbewegung, Berlin, am 1. Januar 1920 begonnene Kursus zur beruflichen Ausbildung von Arbeiterinnen für die Betätigung in der Wohlfahrtspflege ist, so wird auch dieser Kursus der oben genannten Forderung nicht in ausreichendem Maße gerecht werden. Es kommt darauf an — trotz unverkennbarer Schwierigkeiten —, ehrenamtlich tätige Personen aus Arbeiterkreisen in großer Zahl zu gewinnen.

Die Zahlreiche sind geeignet, um alle einschlägigen Fragen ausgiebig zu erörtern. — Sätze der Parteioorganisationen, Gewerkschaften und Stadtverordneten aller sozialistischen Richtungen wird es sein, die Parteimitglieder mit den bestehenden Einrichtungen vertraut zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, dort aktiv mitzuarbeiten. Denn je größer die Zahl der für die Aufgaben der Fürsorge interessierten Personen ist, desto schöner werden die Ergebnisse der Arbeit sein. Und letzten Endes hängt der Erfolg der fürsorgelichen Arbeit doch von dem Verständnis und dem Vertrauen der breiten Massen ab.

Um dies zu erreichen, ist niemand berufener als die eigenen Klassengenossen. Dr. Rossbacher.

Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ hat mit seiner letzten Nummer die Auflagezahl von 700 000 erreicht. Das Blatt hat sich von dem durch den Krieg verursachten Rückgang der Auflage weniger leicht erholen können als viele andere Blätter.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Vorwiegend wolfiges, teils neblig-dunstiges, bei schwachen Südostwinden und leichtem Frost. Keine erheblichen Niederschläge.

Verantw. für den redaktion. Teil: Arthur Hülser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 4 Beilagen.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Moritzplatz Rosenthaler Straße Königstraße

Preiswerte Geschenkartikel

Lederwaren-Abteilung

- Geldtaschen Leder, für Damen u. Herren 3⁵⁰ 4⁷⁵ 6⁷⁵ 9⁵⁰ 12⁵⁰ 19⁵⁰
- Brief- u. Banknoten-Taschen Leder 21⁰⁰ 25⁰⁰ 40⁰⁰ 49⁰⁰
- Damen-Handtaschen in verschiedenen Ausführungen von 33⁰⁰ an
- Perlbeutel, verschiedene Preislagen
- Schreibmappen für Damen und Herren
- Zigarren- und Zigarettentaschen
- Reisehandtaschen und Handkoffer

Galanterie-Abteilung

- Schreibgarnituren aus Marmor, schwarzem Glas und Kunstgub
- Fruchtschalen verstilbert, mit Glaseinsatz, in verschied. Formen und Preislagen
- Gut vernickelte Menagen, Kaffeeservice, Teeglashalter
- Rauchgarnituren, Rauchständer, Rauchtische, Notenständer
- Nur Leipziger Straße: Teewagen, Frisier-Toiletten

Wirtschafts-Abteilung

- Blumenkrippen 95⁰⁰ bis 185⁰⁰
- Palmenständer . . . 44⁰⁰ bis 64⁰⁰
- Blumenkübel . . . 24⁰⁰ bis 45⁰⁰
- Ofenvorsetzer . . . 21⁵⁰ bis 90⁰⁰
- Schirmständer 23⁰⁰ bis 92⁰⁰
- Lucullus Backapparate 60⁰⁰
- Große Auswahl in Speisezimmer- und Herrenzimmer-Kronen, Ständerlampen, Tischlampen
- Beleuchtungen für Wohn- und Schlafzimmer

Photographische Artikel

- Rollfilm-Kamera %/8 . . . 57⁰⁰ %/8 . . . 67⁵⁰ 6 1/2/11 . . . 90⁰⁰
- Messing-Stativ 3teilig 42⁰⁰ 4teilig 50⁰⁰ 5teilig 59⁰⁰
- Belichtungsmesser 3⁷⁵
- Chemikalien-Wagen 18⁵⁰
- Magnesium-Taschenlampe, neu, ungefährlich, für photographische Aufnahmen 10⁰⁰
- Große Auswahl in sämtl. photographischen Artikeln